

Wie kommt man mit einer Brücke aus der Talsohle?

Erschienen als: Die Krise ist nicht vorbei

Heiner Flassbeck

taz, 25. 7. 2009

Wer in einem tiefen Tal wandert und den nächsten Bergpass vor sich sieht, wünscht sich eine geheimnisvolle Kraft, die ihn in die Luft erheben und genau auf der Passhöhe absetzen möge, denn er weiß aus Erfahrung, der Aufstieg wird furchtbar mühsam. Dabei ist es vollkommen gleich, wie man in das Tal gekommen ist, ob durch langen Abstieg von einem anderen Berg oder in wenigen Sekunden mit dem Fallschirm abgesprungen, wer auf der Talsohle ist und keine wundersame Aufstiegshilfe zur Verfügung hat, dem bleibt nur die Mühe des langen Aufstiegs.

Da scheinen die Spitzenpolitiker in Deutschland in Bezug auf die große Krise und die tiefe Rezession etwas misszuverstehen. Sowohl der Kanzlerkandidat als auch die Bundeskanzlerin reden nämlich regelmäßig von einer „Brücke“, die der Staat bauen müsse, um die Talsohle schnell zu überwinden. Eine Brücke braucht aber, wer ein Tal überspannen und leicht von einem Gipfel zum anderen kommen will. Wer ganz unten ist, dem hilft keine Brücke, sondern nur eine lang anhaltende Unterstützung beim mühsamen Aufstieg.

Die deutsche Wirtschaft ist ganz unten. Die Auslastung der Sachkapazitäten in der Industrie hat ein historisch tiefes Niveau erreicht und die Tatsache, dass die Auslastung der Arbeitskraft ähnlich gering ist, wird nur von staatlichen Auffanghilfen wie der Kurzarbeit überdeckt. Historisch muss man auch die Tatsache nennen, dass fast alle Länder der Erde sich auf einer solchen Talsohle befinden, so dass nicht damit zu rechnen ist, dass jemand, der stark genug ist, von oben ein Seil herablässt, um beim Aufstieg zu helfen. Es nützt auch nichts, gebannt auf die Finanzmärkte zu starren, die seit ein paar Wochen ein Feuerwerk nach dem anderen abbrennen, weil sie sich einreden, der Aufstieg beginne nun endlich. Finanzmärkte haben noch nie zur Überwindung einer Rezession beigetragen, weil das Feuerwerk der Finanzmarktzocker den Bergsteiger keinen konkreten Schritt voran, sondern nur vom sicheren Pfad abbringt.

Woher kommt die Kraft für einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft im nächsten Jahr? Sicher nicht von den Unternehmen. Deren Gewinne sind in diesem Jahr in nur dramatisch zu nennender Weise eingebrochen. Auch volle Läger und stillstehende moderne Maschinen haben noch keinen Unternehmer zum Investieren angeregt, selbst wenn die Zinsen niedrig sind. Was ist mit dem privaten Verbrauch? Gewaltige Kurzarbeit und drohende Arbeitslosigkeit sind nicht der Stoff, aus dem Konsumräusche gemacht sind. Hinzu kommt, dass neben der Kurzarbeit in vielen Unternehmen Arbeitszeit und Löhne gekürzt werden, um die Verluste klein zu halten. Das bringt aber gesamtwirtschaftlich nur eine weitere Schwächung der Nachfrage, weil Lohnsenkungen Nachfrageausfälle bei anderen Unternehmen zur Folge haben. Hinzu kommt, dass fallende Preise, also Deflation auf der Tagesordnung steht, was nicht zu vermehrten Kaufanreizen führt, sondern zu geringeren.

Bleibt der Staat mit seinen Konjunkturpaketen. Das ist in der Tat die einzige aufwärts drängende Kraft, deren Wirkung aber im Laufe der Zeit spürbar nachlässt. Hinzu kommt, dass der Bund sich zwar in erheblichem Masse engagiert hat, dass Länder und Gemeinden aber jetzt schon im Vorgriff auf die von ihnen erwartete Budgetengpässe auf Teufel komm raus sparen, was den Gesamteffekt am Ende deutlich mindern wird.

Was also tun? Zurück zu den berühmten „Strukturenreformen“ und der „Arbeitsmarktflexibilisierung“ der letzten zwanzig Jahre, die von interessierten Kreisen schon jetzt wieder klammheimlich aus der Schublade geholt werden? Das wäre schlimm, weil sie zu einer weiteren Umverteilung zulasten der unteren Einkommen führen und damit die eklatante Nachfrageschwäche verschärfen würden statt sie abzuschwächen. Außerdem wäre dieser Weg diesmal besonders abwegig, weil man diejenigen, die den Schlamassel verursacht haben, ungeschoren davonkommen ließe und die ganze Last denen aufbürdete, die mit dem Ausbruch der Krise wirklich absolut nichts zu tun haben.

Dass die deutsche Politik aber genau dahin zielt, zeigt die Schuldenbremse, die sie über Nacht und ohne ernsthafte Diskussion ins Grundgesetz geschrieben hat. Schuldenbremse ist so, als ob man beim Aufstieg schon früh die letzten Nahrungsreserven wegwirft, um Gewicht zu sparen, ohne zu bedenken, dass man später das eigene Gewicht ebenfalls nicht mehr bewegen kann, wenn nicht neue Energie zugeführt wird. Wir wissen einfach nicht, wann und angeführt von welcher Nachfragekomponente es irgendwann wieder aufwärts geht. Es kann auch, wie das Beispiel Japans in den 90er Jahren zeigt, zehn Jahre Stagnation und Deflation geben.

Was dann? Wird der Staat dann – wie gerade in Kalifornien - auf Teufel komm raus Sozialausgaben kürzen, um seine Defizite herunterzufahren, obwohl das die Wirtschaftskrise nur weiter verschärfen und die Defizite schließlich weiter in die Höhe treiben wird? Oder wird Deutschland wieder die Variante wählen, seine Nachfrageprobleme auf Kosten der anderen Länder zu lösen, weil es hierzulande besser als anderswo möglich ist, den Menschen einzuhämmern, dass sie ihren Gürtel enger schnallen müssen? Was wird das Verfassungsgericht verlangen, wenn es nicht gelingt, das Staatsdefizit in zehn Jahren nahe an den geforderten Wert von 0,35 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu bringen? Wird das Gericht verlangen, die Bundesregierung müsse gefälligst die Gesetze der Ökonomie dem Grundgesetz unterordnen? Oder wird es die Bundesregierung auffordern, in einen Wirtschaftskrieg mit anderen Ländern innerhalb und außerhalb der Euro-Zone mit dem Ziel einzutreten, dort Nachfrage abzuschöpfen, selbst wenn dadurch in diesen Ländern die Staatsdefizite steigen?